

Wir müssen reden! Über Bildung

Wer bei jungen Wähler:innen punkten will, muss sich um das Politikfeld Bildung kümmern



Durchstarten nach 20 Jahren?

Blicken wir zunächst kurz zurück ins Jahr 2000: Damals schnitt Deutschland in der PISA-Studie der OECD unterdurchschnittlich ab. Die Ergebnisse verursachten einen medialen und politischen Aufschrei, der „PISA-Schock“¹ saß tief. Auch das sehr unterschiedliche Abschneiden der einzelnen Bundesländer überraschte. Einige Experten zweifelten am Erkenntnisgewinn des Lern-Benchmarkings und stellten es gänzlich in Frage². Manche tun das auch heute noch. Unbestritten ist: Die damalige Debatte hat eine ganze Reihe von Neuerungen im deutschen Schulsystem bewirkt, die sich schließlich auch in den Rankings der PISA-Studie und anderer Erhebungen widerspiegeln. Ein richtiger Sprung nach oben in den Tabellen ist allerdings nicht gelungen. Unser Land liegt seit vielen Jahren leicht über dem OECD-Durchschnitt. Diese Ergebnisse erregen aber heute kaum noch die Gemüter. Deutschland hat sich mit seiner mittelmäßigen Bewertung im Bildungsbereich offensichtlich abgefunden.³ Können wir das akzeptieren? Ist es nicht Zeit für ein richtiges Durchstarten?

Covid-19 offenbart deutlich die Ausstattungs- und Kompetenzdefizite

Die Corona-Pandemie legt erneut Defizite im deutschen Bildungssystem offen. Dabei geht es nicht um Aspekte, die mit unterschiedlichen Qualitätsdefinitionen in Abrede gestellt werden können, sondern struktureller Natur sind: Die pandemiebedingten Kita-, Kindergarten- und Schulschließungen ließen für die Menschen deutlich werden, wie sehr unsere Bildungseinrichtungen auch heute noch auf persönliches Erscheinen, Papier und Stift angewiesen sind. Über kaum eine Corona-Maßnahme wird mehr

diskutiert als über das Homeschooling und die dadurch schmerzhaft zutage tretende mangelhafte Digitalisierung des deutschen Bildungsangebots. Insbesondere zu Beginn der Corona-Krise zeigten sich eklatante Mängel.⁴ Es fehlten Millionen digitaler Endgeräte, die für den Onlineunterricht dringend benötigt werden. Richtig ist, dass manche Schulen und zahlreiche Lehrkräfte beherzt vorangingen, ohne lange auf detaillierte Vorgaben zu warten, und beeindruckend viel Einfallsreichtum und Tatendrang an den Tag legten. Allerdings muss auch gesagt werden, dass vielerorts organisatorische und pädagogische Konzepte für den Umgang mit den immer neuen Vorgaben zu Schließungen, (Teil-)Öffnungen etc. nur schleppend entstanden. Dabei mangelte es nicht nur an leistungsfähigen WLAN-Netzen. Vielen Eltern wurde klar: Hausaufgabenversand per E-Mail kann 2020 bzw. 2021 nicht der Maßstab sein. So waren und sind die Digitalkompetenzen vieler Lehrkräfte noch nicht ausreichend ausgeprägt, um virtuelles oder hybrides Lehren und Lernen auf der Höhe der Zeit zu gewährleisten.⁵

Bürokratie bremst Ausbau der digitalen Bildungsinfrastruktur

Für eine Investitionsinitiative in der Bildung wurde im Mai 2019 eigens der Grundgesetzartikel 104c geändert. Damit war der Weg frei für die „Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“. Mit rund 5 Milliarden Euro wollte der Bund die Investitionen der Bundesländer in die digitale Bildungsinfrastruktur unterstützen. Aus den im Rahmen des Förderprogramms DigitalPakt Schule und einem späteren Sofortausstattungsprogramm (Zusatzvereinbarung vom Juli 2020), mit einem Gesamt-Volumen von rund 5,5 Milliarden Euro, sind zum Stichtag 31.12.2020 rund 488 Millionen Euro abgeflossen. Rund 875 Millionen Euro wurden als gebundene Mittel berichtet.



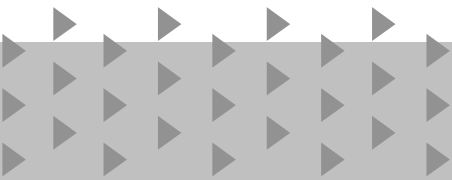
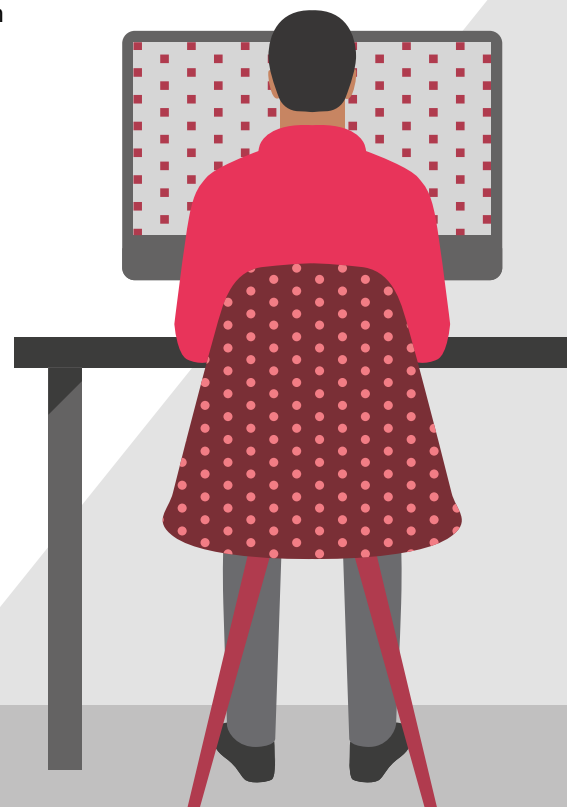


Das entspricht rund 8,9% bzw. 15,9%⁶. Der Bund sieht die Länder in der Pflicht, diese wiederum die einzelnen Schulträger bzw. Schulen, die mit Medienkonzepten („technisch-pädagogischen Einsatzkonzepten“) und in einem von den Ländern zu organisierenden Antragsverfahren die Gelder erlangen müssen. Angesichts dieser Vorbedingungen fließen die Gelder im DigitalPakt Schule nur spärlich. Einfacher geht es im Sofortprogramm, mit dessen Hilfe Schulträger bzw. Schulen bedürftigen Schüler:innen Endgeräte zur Verfügung stellen und zudem Online-Angebote entwickeln sollen. Es erlaubt den Ländern, auch rückwirkend, die Erstattung der seit Beginn der Corona-Pandemie beschafften Geräte. Hemmnis ist hier lediglich eine Deckelung der Fördersumme je Bundesland gemäß einer vor vielen Jahren proportional zur Einwohnerzahl festgelegten Verteilung (sog. „Königsteiner Schlüssel“). Gefördert wird mithin nicht nach dem Anteil bedürftiger Schülerinnen und Schüler, sondern pauschal nach der Bevölkerungsgröße der Länder. An Kritik mangelt es nicht. Die Opposition, Lehrverbände und viele weitere Gruppen fordern

eine spürbar weniger bürokratische, relativ einfache Mittelbereitstellung. Die politische Antwort waren die weiteren Zusatzvereinbarungen „Administration“ (11/2020) und „Leihgeräte für Lehrkräfte“ (01/2021) sowie der vorübergehende Verzicht (bis Ende 2021) auf das Einreichen eines Medienkonzepts als vorgeschaltete Bedingung für eine Mittelbewilligung im Digitalpakt.⁷ Zugleich bauen die Bundesländer ihre eigenen Bildungsplattformen auf. Diese sind zum Teil reine Sammlungen von Unterrichtsmaterial, Applikationen für die Schulverwaltung, und teilweise Lernmanagementsysteme (LMS) mit Einbindung von Lehrkräften und Schüler:innen.⁸

Ob damit die Probleme in deutschen Klassen- und neuerdings für Schulzwecke genutzten Kinderzimmern in absehbarer Zeit gelöst werden, ist noch unklar. Die Versäumnisse der vergangenen Jahre sind in jedem Fall offenkundig: Man kann heute die Landung von Sonden auf dem Mars

digital erleben, viele Schüler:innen aber keinen Unterricht. Dabei ist Bildung ein Menschenrecht⁹ sowie Grundlage dafür, dass Menschen weitere Rechte beanspruchen können. Auch Gleichberechtigung ist mit einer Bildung für alle verknüpft. Folglich muss Bildung ein elementarer Bestandteil ganzheitlicher, nachhaltiger Politik sein¹⁰ – und zwar zuallererst für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.



Umfragewerte belegen hohes Bildungsinteresse

Wir haben uns deshalb mit Blick auf das „Superwahljahr“ 2021 gefragt: Bewegt der aktuelle politische Diskurs – auch zum Thema Bildung – die jungen Menschen? Erreicht er die junge Generation oder gibt es kommunikative Gaps? Wir haben zwei repräsentative Umfragen bei 16- bis 35-Jährigen¹¹ durchführen lassen und die Ergebnisse belegen: Das Bildungsinteresse ist in dieser Altersgruppe trotz – oder wegen – der Coronapandemie ungebrochen. In der ersten Umfrage im Sommer 2020 wollten wir zum Beispiel wissen, über welche Lebensbereiche sich die jungen Leute regelmäßig informieren. 20 Optionen standen zur Auswahl. Der Bereich „Schule, Bildung, Ausbildung und Hochschule“

wurde von 45 Prozent der Befragten genannt und kam auf Rang zwei. Einen höheren Zustimmungswert bekam nur der Bereich „Umwelt und Klima“.

Auf die Frage, worüber die jungen Menschen von politischen Parteien informiert werden wollen, antworteten jeweils 42 Prozent mit „Umwelt und Klima“ und „Schule, Bildung, Ausbildung und Hochschule“. Bildung ist also eines der zentralen Themen für die junge Generation – vielleicht auch, weil sie in der Coronapandemie unter anderem aufgrund mangelnder Digitalisierung nicht mehr selbstverständlich ist.

Über welche Themen junge Erwachsene informiert werden möchten, veranschaulicht die folgende Abbildung:



Abb. 1 Interessen junger Menschen in Deutschland

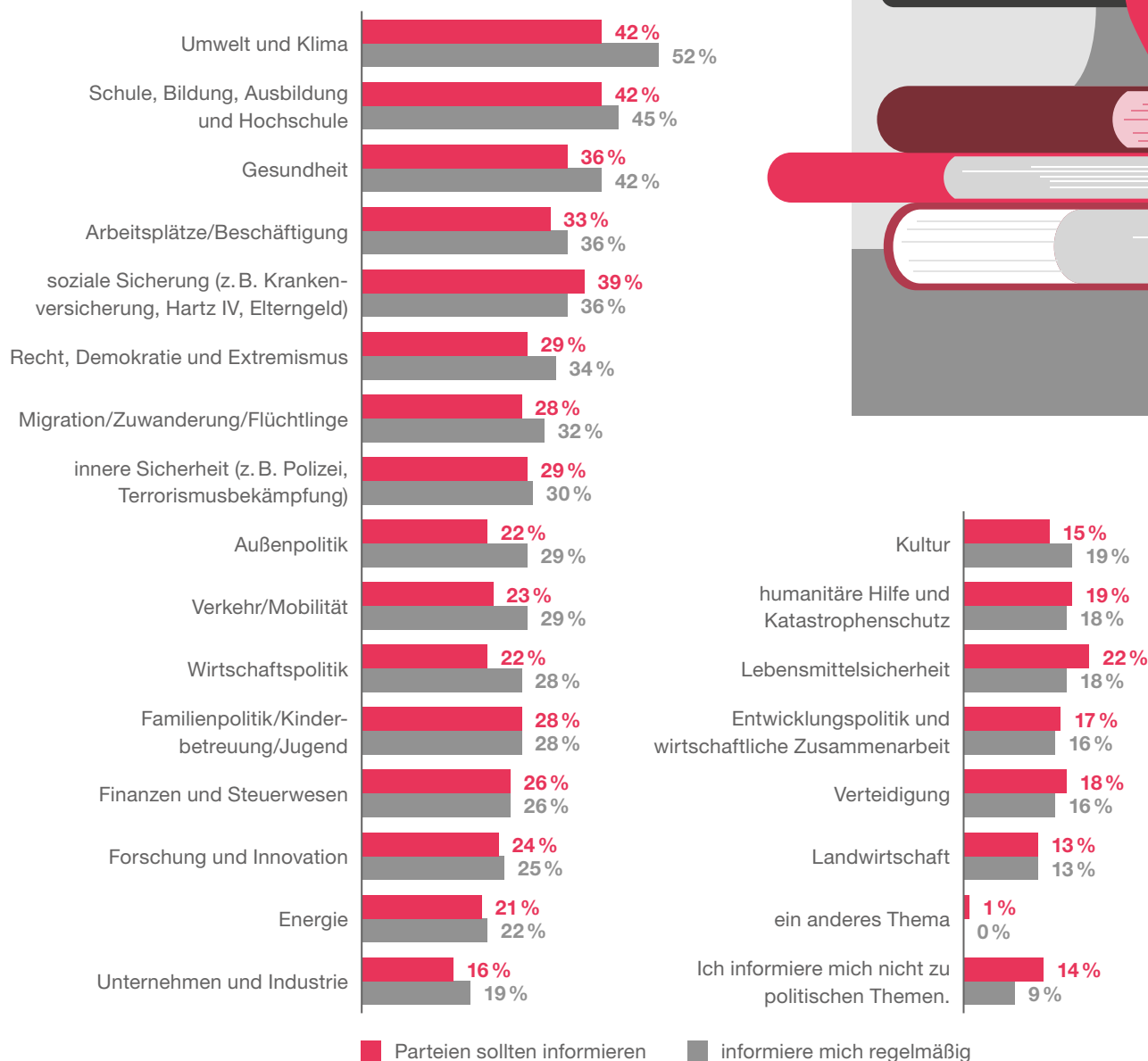
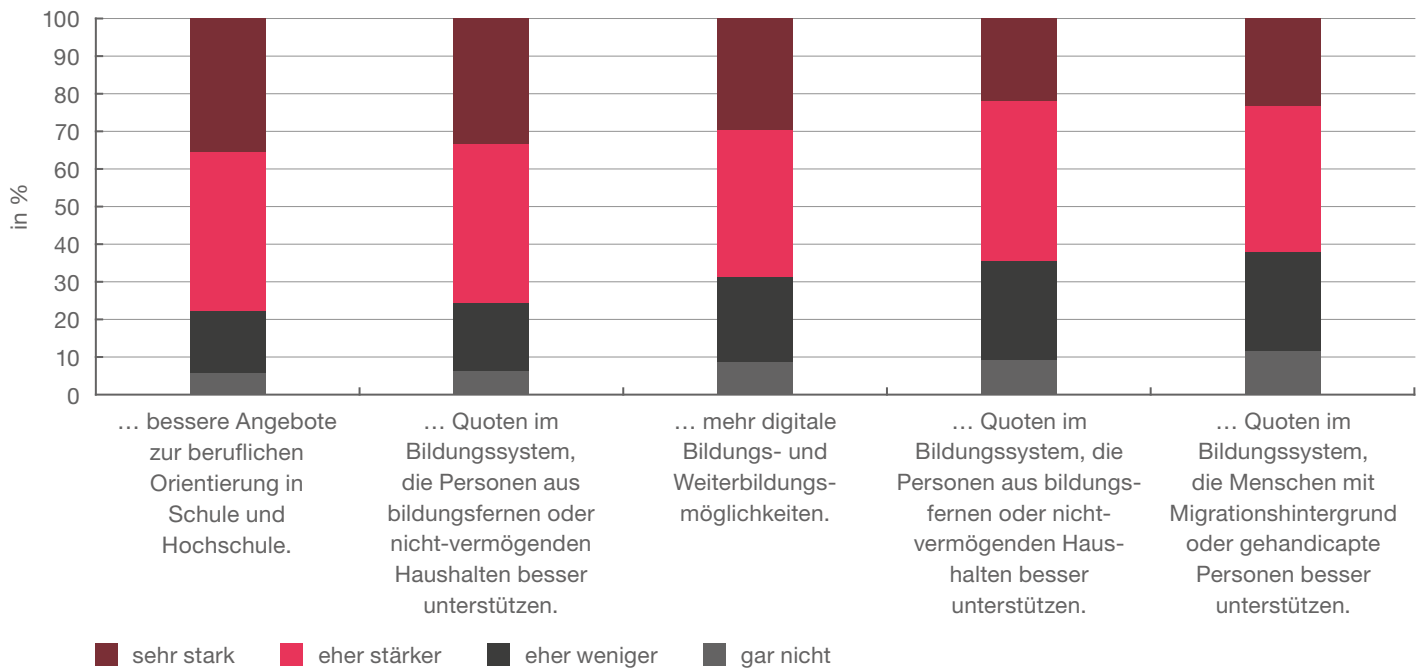


Abb. 2 Relevanz von (Weiter-)Bildungsaspekten für junge Menschen

Ich interessiere mich für ...

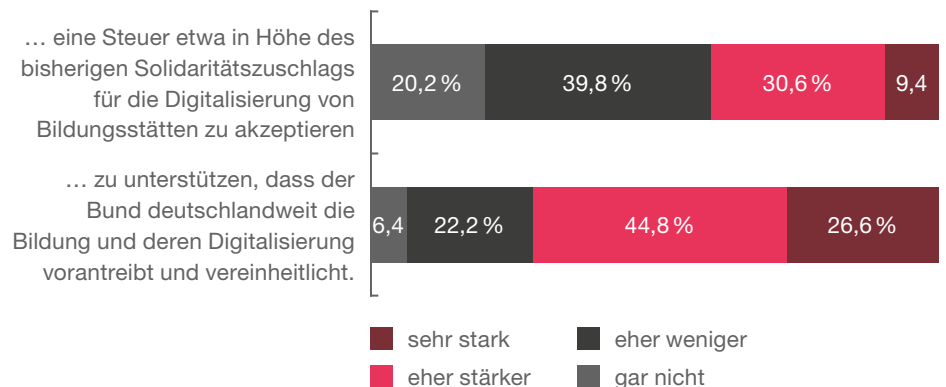


Die jungen Wähler:innen zeigen differenzierte Interessen: Sehr stark interessieren sich viele für bessere Angebote zur beruflichen Orientierung in Schulen und Hochschulen, eine bestmögliche Schulbildung und Berufsausbildung sowie für akademische Studien- und nebenberuflichen Fortbildungsmöglichkeiten. Auch digitale Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie der gleichberechtigte Zugang zu Bildung, etwa mit Quoten für bildungsbenachteiligte Personen (aus bildungsarmen oder wirtschaftlich schwachen Haushalten, Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung), sind der Mehrheit wichtig. Zudem sind viele Befragte dafür, bestimmte Befugnisse von den Bundesländern an den Bund zu übertragen. Wenngleich sie die Vorteile des Föderalismus nicht grundsätzlich infrage stellen, wird deutlich: Das Verständnis dafür, dass es in jedem Bundesland eigene Regeln gibt, hat schwer gelitten, insbesondere bezüglich der Digitalisierung. Eine Übertragung bestimmter Befugnisse wäre jedoch komplex und langwierig.

Wie ist das hohe Interesse junger Menschen besser mit den tatsächlichen Maßnahmen und Bemühungen der Politik zu vereinen? Und wie können jungen Menschen direkt adressiert werden?

Abb. 3 Bereitschaft junger Wähler:innen, Bildung und Weiterbildung zu fördern

Um Bildung und Weiterbildung zu fördern, bin ich bereit, ...



Folgen der Coronakrise für die Bildung im Kontext der UNO-Ziele

Zur generellen Einordnung von Bildungsfragen lohnt ein Blick auf die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015. Mit der Agenda hat sich die Weltgemeinschaft zu 17 Zielen im

Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) bekannt. Die SDGs richten sich an die Regierungen der Mitgliedsstaaten, aber auch an die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und die Privatwirtschaft.

Sie betrachten soziale, wirtschaftliche und ökologische Dimensionen und reichen von Armutsbekämpfung über Klimaschutzmaßnahmen bis hin zu inklusiver, gerechter und hochwertiger Bildung.¹²

Abb. 3 Die 17 Ziele der „Agenda 2030“ der UNO¹³



SDG 4 genauer betrachtet

Insbesondere das SDG 4 – inklusive, gerechte und hochwertige Bildung sowie lebenslanges Lernen für alle – ist infolge der Coronapandemie gefährdet. Es zielt unter anderem ab auf

- eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung für alle Kinder bis 2030,
- eine hochwertige frühkindliche Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung, damit die Kinder gut auf die Grundschule vorbereitet sind,
- einen gleichberechtigten Zugang für alle zu einer finanziell leistbaren und hochwertigen fachlichen, beruflichen und tertiären Bildung (einschließlich universitärer Bildung) sowie

- die Beseitigung geschlechtsspezifischer Bildungsunterschiede und gleichberechtigte, inklusive Zugänge zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen.¹⁴

Basierend auf einem breitgefassten Bildungsverständnis und dem Prinzip des lebenslangen Lernens ist das SDG 4 ein wichtiger Bestandteil für nachhaltige Entwicklung. Die größten Herausforderungen waren, sind und bleiben der Einfluss der sozialen Herkunft auf Bildungschancen, die Integration von Migrant:innen sowie Veränderungen in der Berufswelt, wie beispielsweise die zunehmende Digitalisierung von Arbeitsprozessen.¹⁵ Diese Herausforderungen werden in der Corona-Krise verstärkt:



Zu wenig Unterstützung für bildungswillige junge Menschen

Unabhängig von der sozialen Herkunft fühlen sich viele Schüler:innen in der Coronakrise allein gelassen und wünschen sich mehr Unterstützung.¹⁶ Die Herausforderungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind angesichts von Social Distancing und Homeschooling besonders hoch. Die sozialen, emotionalen und kognitiven Auswirkungen sind bislang kaum abschätzbar. Eine Studie der TUI-Stiftung ergab, dass 42 Prozent der 16- bis 26-Jährigen unter fehlenden Kontakten zu Freunden leiden und sich 29 Prozent der 16- bis 20-Jährigen mit dem Fernunterricht schwertun.¹⁷

Nicht zu vergessen sind auch die Hunderttausenden von Auszubildenden und Studierenden, die während der Coronakrise ebenfalls außergewöhnlich belastet sind. Studierenden fehlen die Präsenzlehre sowie insbesondere den Erstsemester:innen auch die soziale Interaktion und die klassischen Studierendenjobs in der Gastronomie. Jobverluste führen zudem häufig zu finanziellen Problemen. Hier hilft in Deutschland die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bereitgestellte Überbrückungshilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen.¹⁸ Bildungsabschlüsse während der Coronakrise mit der im Normalzustand abrufbaren Leistung zu erreichen, ist schwer. Expert:innen unterschiedlicher Fachrichtungen befürchten deshalb einen verlorenen Bildungsjahrgang.

Enorme Geschwindigkeits- und Qualitätsunterschiede

In Deutschland soll der DigitalPakt Schule für mehr und besseren digitalen Unterricht sorgen, doch die Umsetzung verläuft äußerst schleppend. Die grundsätzliche Idee bewerten wir positiv: Bund und Länder verstehen die Digitalisierung des Schulwesens als eine gemeinsame Aufgabe, obwohl Bildung grundsätzlich Ländersache ist. Um die digitale Bildung flächendeckend voranzubringen, unterstützt der Bund die Länder deshalb im Rahmen des DigitalPakts Schule finanziell.¹⁹ Das Vorhaben startete offiziell im Mai 2019 und ist während der Coronakrise stark in den Fokus gerückt. Der Mittelabruf

verläuft jedoch schleppend: Bis Ende 2020 haben die Begünstigten nur etwa 2 Prozent der Mittel beansprucht, nämlich 112 Millionen Euro von 5 Milliarden Euro.²⁰

Besser lief es beim Sofortausstattungsprogramm, bei dem Schulen Laptops an Kinder und Jugendliche ausleihen können, denen zuhause keine Endgeräte zur Verfügung stehen.²¹ Dennoch sind die digitalen Angebote auch nach einem Jahr Coronapandemie unzureichend.

Hinzu kommt, dass Schulen und Bundesländer unterschiedliche Lernplattformen nutzen und sich somit ungleiche Bildungsangebote auch durch die föderalen Strukturen manifestieren. Neben der digitalen Infrastruktur sind digitale Unterrichtsformen wichtig, die jedoch in verschiedenen Schulen und Schulformen sehr unterschiedlich sind. Während manche Schulen recht weit vorangeschritten sind und Videokonferenzen sowie Hybridunterricht praktizieren, verharren andere im kompletten Lockdown.²² Hier hängt es dann stark von der Eigeninitiative der Lehrkräfte ab, inwieweit und in welcher Qualität sie unterrichten.

Eine WDR-Recherche vom Oktober 2020 zeigte Ergebnisse, die von „es gab regelmäßig Videokonferenzen“ über „Arbeiten mit ausgedruckten Arbeitsblättern, die per Mail verschickt wurden“ bis hin zu „Schulen hatten gar keinen Kontakt mit den Schülern“ reichten.²³ Wenngleich der Präsenzunterricht an deutschen Schulen wieder zunimmt (Stand März 2021), bleibt der föderal „gewebte Flickenteppich“ in der deutschen Schulpolitik eine Herausforderung – sei es hinsichtlich der unterschiedlich umgesetzten Digitalisierung oder wegen der enormen Unterschiede auf dem Weg zurück in den Präsenzunterricht.²⁴

Homeschooling vergrößert soziale Ungleichheit

Homeschooling verschärft die Bildungsungleichheit nochmals deutlich.²⁵ Die bis dato letzte PISA-Studie von 2018 zeigte erneut deutlich, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft (z. B. sozioökonomischer beruflicher Status) und Lesekompetenz in Deutschland im internationalen Vergleich überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist.²⁶ Das liegt zum einen an den vorhandenen bzw. fehlenden Ressourcen, zum anderen an den unterschiedlichen Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern. Insbesondere benachteiligte Schüler:innen mit erhöhtem Förderbedarf und Schüler:innen aus wirtschaftlich schwachen Familien haben es schwer, da Hilfe daheim stark von der Bildung der Eltern abhängt. Bildungsreiche Elternhäuser haben häufiger Computer im Haushalt, an denen die Kinder – oft von ihren Eltern angeleitet – Hausaufgaben machen. Kinder aus bildungsarmen Elternhäusern haben häufiger keinen eigenen Lernraum.²⁷ Folglich haben nicht alle Schüler:innen die gleichen Chancen und Voraussetzungen. Dort, wo Schulen normalerweise einen gewissen sozialen Ausgleich erreichen, stoßen sie während der Coronakrise schnell an Grenzen.²⁸

Wie denken junge Menschen nun über Bildung? Vielleicht wird sie künftig wieder mehr als Errungenschaft gesehen – und weniger als Selbstverständlichkeit. Die fehlende Unterstützung sowohl der Lehrer:innen als auch Schüler:innen, die trotz aller Bemühungen noch immer unzureichende Digitalisierung sowie die erhöhte Bildungsungleichheit setzen die Politik unter Handlungsdruck.

Ableitungen für die Politik – unsere Thesen

Was sollte die Politik daraus ableiten?
Dazu haben wir drei Thesen formuliert:

These 1

Einheitliche Standards über Bundesländergrenzen hinweg entwickeln

Statt einzelner Digitalisierungsmaßnahmen im deutschen Bildungssystem benötigen wir eine ganzheitliche Zukunftsstrategie. Um Chancengleichheit für die Schüler:innen in den Bundesländern sicherzustellen, sollte der Bund Strategie-Eckpfeiler erstellen. Die derzeitigen Ad-hoc-Maßnahmen berücksichtigen nicht, inwieweit die technologischen Trends des 21. Jahrhunderts die Art und Weise des Lehrens und Lernens verändern.²⁹ Die junge Generation muss auf neue Berufsanforderungen – hierzu gehört der sichere Umgang mit digitalen Medien – vorbereitet werden.

Daher sollte Deutschland die Coronapandemie als Chance sehen, Bildungspolitik neu zu denken – von der Vorschule über die Lehre bis zur Universität. Der Bund sollte nicht nur als Impulsgeber und Förderinstanz auftreten. Im Rahmen einer künftigen neuen Föderalismus-Kommission sollte der Bund auch die Möglichkeit erhalten, Basiskomponenten und Lehr-/Lern-Angebote zur Verfügung zu stellen. Zugleich sollte, in Abstimmung mit der Kultusministerkonferenz (KMK), ein ständig weiterzuentwickelndes

Rahmenkonzept mit Mindestanforderungen für digitale Ausstattung, Lehr-/Lern-Angebote und Kompetenzen entwickelt werden. Damit würde die Chance steigen, dass junge Menschen – unabhängig davon, in welchem der 16 Bundesländer sie leben – gemäß ihrer jeweiligen Altersstufe und Art der Bildungseinrichtung ein möglichst ambitioniert definiertes Minimum an Fähigkeiten erwerben können. Dies sollte im Übrigen auch für die Lehrkräfte gelten.

These 2

Digitale Bildung auch nach der Pandemie weiterentwickeln

Die Politik muss die Digitalisierung der Bildung zwingend vorantreiben. Sie hat die Schwächen des digitalen Unterrichts im ersten Lockdown 2020 zwar erkannt, aber zu wenige Maßnahmen ergriffen, die einen funktionierenden Online-Unterricht heute ermöglichen würden. So gibt es noch immer nicht für alle Schulen digitale Lernsoftware und digitale Plattformen. Viel zu oft hängt es vom individuellen Engagement einzelner Lehrkräfte ab, ob und in welcher Qualität der Online-Unterricht funktioniert.

Digitalisierungsangebote sollten nach der Coronapandemie keinesfalls verworfen werden. Gerade Digitalisierung kann soziale Ungleichheit unter jungen Menschen reduzieren – sei es durch Onlineförderungsangebote oder durch neue Digitalisierungskompetenzen infolge der Nutzung von Onlinetools.

Und in diesem Zuge: Die anfänglichen Investitionen – etwa im Rahmen des Digitalpakts bzw. des Sofortprogramms – sind zu sichern. Technisches Gerät hat eine sehr begrenzte Lebensdauer, Laptops, Tablets, Smart Boards etc. sind bereits nach wenigen Jahren zu ersetzen. Daher sollte auch möglichst rasch die Diskussion über die Folgefinanzierung beginnen, so dass die heutigen Investitionen nicht verpuffen. In dieser Hinsicht ist auch über die Umsetzungs- und Betreuungsstrukturen nachzudenken. Noch immer wird Vieles von Lehrkräften selbst geleistet, sind viele Mathematik-Lehrer de facto ehrenamtlich für ihre Schulen IT-Berater, Systemadministrator und Help Desk. Warum werden diese Funktionen nicht gebündelt einem leistungsstarken öffentlichen IT-Dienstleister in die Hand gegeben?

These 3

Gleichberechtigten Zugang zu Bildungsangeboten fördern

Es ist politische Pflicht, gleichberechtigten Zugang zu Bildungseinrichtungen zu schaffen. Die Coronapandemie hat deutlich gemacht, wer am stärksten unter den Digitalisierungsdefiziten leidet: die Personen aus bildungsärmeren Gruppen sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Gerade junge Menschen aus diesen Bevölkerungsgruppen brauchen Chancengleichheit in der Bildung. Wir können, auch aus volkswirtschaftlicher Sicht, nicht akzeptieren, dass diese jungen Menschen weiter benachteiligt sind.

Fazit

Handlungsbedarfe bei der Digitalisierung der Bildung sind offenkundig und wurden durch die Coronapandemie verschärft. Die Politik wie auch die Gesellschaft als Ganzes sollten die Coronakrise daher als Chance begreifen. Wichtige Kernversprechen der deutschen Bildungspolitik – wie eine adäquate Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt und das soziale und kulturelle Leben, die freie Entfaltung und Chancengleichheit

mit einer herkunftsunabhängigen Möglichkeit des sozialen Aufstiegs – wird in der Coronakrise vernachlässigt. Eine chancengerechte, hochwertige und auf lebenslanges Lernen ausgerichtete Bildung ist jedoch Voraussetzung für eine nachhaltige individuelle und gesellschaftliche Entwicklung. Daher appellieren wir dafür, dass bildungspolitische Themen und Vorgaben weiterhin ein Kernstück politischen Handelns bilden.

Die Auswertung unser Studienergebnisse belegt, dass das Bildungsinteresse der jungen Generation ungebrochen ist. Ein weiteres Jahr auf bildungspolitischer Sparflamme können wir uns nicht leisten.

Die jungen Wähler:innen werden im Superwahljahr 2021 an der Wahlurne auch über die bestehende Bildungspolitik abstimmen. Wir müssen also reden!



Verweise

- ¹ Vgl. OECD, Deutschlands PISA Schock, online verfügbar auf: www.oecd.org/ueber-uns/erfolge/deutschlands-pisa-schock.html, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021
- ² Vgl. Der Spiegel, Was bringt die Vermessung der Schule?, online verfügbar auf: www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/pisa-studie-2016-ueber-sinn-und-unsinn-der-schuelertests-a-1122998.html, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021
- ³ Vgl. Der Spiegel, Deutschland beim neuen Pisa-Test im oberen Mittelfeld, online verfügbar auf: www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/pisa-studie-oecd-deutschland-landet-im-oberen-mittelfeld-a-1299249.html, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ⁴ Vgl. Die Bundesregierung, Hochwertige Bildung weltweit, online verfügbar auf: www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/hochwertige-bildung-weltweit-1004538, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ⁵ Vgl. Der Tagesspiegel, Was sich seit dem Lockdown an den Schulen verändert hat, online verfügbar auf: www.tagesspiegel.de/wissen/digitale-revolution-im-schnelldurchlauf-was-sich-seit-dem-lockdown-an-den-schulen-veraendert-hat/26306324.html, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ⁶ Vgl. die Antwort der Bundesregierung vom 16.03.2021 auf eine kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Mittelabfluss des Förderprogramms Digitalpakt Schule, online verfügbar auf: <https://www.bundestag.de/presse/hib/831974-831974>, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021; vgl. auch Der Spiegel, Größter Teil der Milliardenförderung bei Schulen noch nicht angekommen, online verfügbar auf: www.spiegel.de/panorama/bildung/schulen-knapp-1-4-milliarden-euro-des-digitalpakts-abgerufen-oder-bewilligt-a-94c2c2f9-cb04-4082-b9a7-00dc05d9ac95, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ⁷ Vgl. DigitalPakt, Was ist der DigitalPakt Schule und wofür ist er gedacht, online verfügbar auf: <https://digitalpakt.org/digitale-bildung/was-ist-der-digitalpakt-schule-und-wofur-ist-er-gedacht/>, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ⁸ Einen Überblick über die Systeme in den Bundesländern bietet DigiBits, Bildungsplattformen der Länder im Überblick, online verfügbar auf: <https://www.digibits.de/materialien/lehr-und-lernplattformen-der-bundeslaender-im-ueberblick/>, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ⁹ Vgl. Art. 26 der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, online verfügbar auf: <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ¹⁰ Vgl. BMZ, SDG4: Hochwertige Bildung, online verfügbar auf: www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/17_ziele/ziel_004_bildung/index.html, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ¹¹ PwC hat zwei Umfragen in Auftrag gegeben, eine im August 2020 und eine im Januar 2021. Beide sind repräsentativ in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildung und Herkunft (N = 1.000). Die Altersgruppe der jungen Wähler:innen schließt 16- bis 18-Jährige ein, da das kommunale Wahlrecht in einigen Bundesländern schon ab 16 Jahren ausgeübt werden darf, sowie einige zum Zeitpunkt der Erhebung 17-Jährige, die im Wahljahr 2021 ihre Volljährigkeit und damit die Wahlberechtigung für Landtags- und Bundestagswahlen erreichen werden. Die Umfragen wurden von den Instituten Faktenkontor GmbH (August 2020) und APPINIO GmbH (Januar 2021) durchgeführt.
- ¹² Vgl. Die Bundesregierung, Hochwertige Bildung weltweit, online verfügbar auf: www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/hochwertige-bildung-weltweit-1004538, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ¹³ Vgl. UNESCO Kommission, Bildungsagenda 2030 Aktionsrahmen, online verfügbar auf: www.unesco.de/sites/default/files/2018-01/Bildungsagenda%202030_Aktionsrahmen_Kurzfassung_DeutscheVersion_FINAL.pdf, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ¹⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern, online verfügbar auf: <https://sdg-indikatoren.de/4/>, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ¹⁵ Vgl. Die Bundesregierung, Hochwertige Bildung weltweit, online verfügbar auf www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/hochwertige-bildung-weltweit-1004538, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ¹⁶ Vgl. Tagesschau, Geschlossene Schulen – Abgehängte Generation?, online verfügbar auf: www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab-5251.html, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ¹⁷ Vgl. Tui Stiftung, Jugendstudie 2020 der TUI Stiftung Junge Deutsche: Solidarisch gegen Corona und für mehr Europa, online verfügbar auf: www.tui-stiftung.de/media/jugendstudie-2020-der-tui-stiftung-junge-deutsche-solidarisch-gegen-corona-und-fuer-mehr-europa/, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ¹⁸ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Das müssen Sie jetzt wissen, online verfügbar auf: www.bmbf.de/de/wissenswertes-zur-ueberbrueckungshilfe-fuer-studierende-11509.html, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ¹⁹ Vgl. Die Bundesregierung, Ein wichtiger Schub für den digitalen Unterricht, online verfügbar auf: www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/digitalpakt-schule-1873530, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ²⁰ Vgl. RND, Digitalprojekt Schule: FDP nennt bisherigen Mittelabfluss „Katastrophe“, online verfügbar auf: www.rnd.de/politik/digitalpakt-schule-fdp-nennt-bisherigen-mittelabfluss-katastrophe-HZEILPU6WVGXXJWCAJMYUMDST4.html, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ²¹ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Karliczek/KMK: „Bund und Länder arbeiten bei der Digitalisierung gut zusammen und kommen voran.“, online verfügbar auf: www.bmbf.de/de/karliczek-kmk-bund-und-laender-arbeiten-bei-der-digitalisierung-gut-zusammen-und-kommen-13795.html, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ²² Vgl. NDR, Ein Jahr Corona und wir: Generationen! Wie sich das Virus auf die Jungen auswirkt, online verfügbar auf: www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/1-Jahr-Corona-und-wir-Generationen-Wie-sich-Virus-auf-die-Jungen-auswirkt,einjahr-corona-und-wir-in-mv106.html, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ²³ Vgl. WDR, Umfragen zur Digitalisierung an Schulen unter Schulleiter*innen und Schüler*innen in NRW, online verfügbar unter: www1.wdr.de/nachrichten/factsheetpdf100.pdf, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ²⁴ Vgl. DW, Kritik an Schulöffnung: Übereilt und unvorbereitet, online verfügbar auf: www.dw.com/de/kritik-an-schul%C3%B6ffnung-%C3%BCbereit-und-unvorbereitet/a-56655827, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ²⁵ Vgl. iW, Homeschooling und Bildungsgerechtigkeit, online verfügbar auf: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/iW-Kurzbericht_2020_Homeschooling.pdf, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ²⁶ Vgl. PISA, Grundbildung im internationalen Vergleich, online verfügbar unter: www.pisa.tum.de/fileadmin/w00bgi/www/Berichtsbaende_und_Zusammenfassungen/Zusammenfassung_PISA2018.pdf, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ²⁷ Vgl. Universität Erfurt, WortMelder, online verfügbar auf: www.uni-erfurt.de/forschung/aktuelles/forschungsblog-wortmelder-nachgefragt-werden-durch-das-homeschooling-soziale-ungleichheiten-manifestiert-herr-prof-helbig, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ²⁸ Vgl. VHS, Bildungsgerechtigkeit in Zeit von Corona, online verfügbar auf: www.volks-hochschule.de/verbandswelt/projekte/politische_jugendbildung/online-dossier-teilhabe-und-corona/fachbeitrag-bildungsgerechtigkeit.php, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.
- ²⁹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Schluss mit dem Dachsbau-Prinzip!, online verfügbar auf: www.digitalisierung-bildung.de/2021/02/26/schluss-mit-dem-dachsbau-prinzip/, zuletzt abgerufen am: 18.05.2021.

Ihre Ansprechpartner:innen

Ansprechpartner:innen



Dr. Wolfgang Zink
Partner
Tel.: +49 151 18964363
wolfgang.zink@pwc.com



Anna Lena Hohmann
Senior Associate
Tel.: +49 170 1785061
anna.lena.hohmann@pwc.com



Wiebke Elise Große
Senior Associate
Tel.: +49 151 22364747
wiebke.elise.grosse@pwc.com

Autor:innen

Dr. Wolfgang Zink, Partner, PwC, Anna Lena Hohmann, Senior Associate, PwC, Wiebke Elise Große, Senior Associate, PwC und Stefanie Unger, CEO, The Agency Berlin

Über uns

Unsere Mandanten stehen tagtäglich vor vielfältigen Aufgaben, möchten neue Ideen umsetzen und suchen Rat. Sie erwarten, dass wir sie ganzheitlich betreuen und praxisorientierte Lösungen mit größtmöglichem Nutzen entwickeln. Deshalb setzen wir für jeden Mandanten, ob Global Player, Familienunternehmen oder kommunaler Träger, unser gesamtes Potenzial ein: Erfahrung, Branchenkenntnis, Fachwissen, Qualitätsanspruch, Innovationskraft und die Ressourcen unseres Expertennetzwerks in 155 Ländern. Besonders wichtig ist uns die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Mandanten, denn je besser wir sie kennen und verstehen, umso gezielter können wir sie unterstützen.

PwC Deutschland. Rund 12.000 engagierte Menschen an 21 Standorten. 2,3 Mrd. Euro Gesamtleistung. Führende Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft in Deutschland.

